

# Hitzige Debatte zum Verkehrsregime

Resolution für sofortige Umsetzung erreicht im Grossen Rat das nötige Mehr nicht

Von Markus Vogt

**Basel.** Die Verordnung zum neuen Verkehrsregime in der Innenstadt wirft nun auch im Grossen Rat Wellen: Mit einer an den Regierungsrat gerichteten Resolution sollte dieser dazu gebracht werden, das Innenstadt-Verkehrsregime unverzüglich umzusetzen.

Die vom Grünen Bündnis vorgelegte Resolution erinnert den Regierungsrat daran, dass der Grosse Rat am 12. Januar 2011 mit dem Ausgabenbericht zum neuen Verkehrskonzept Innenstadt grundsätzlich die Befreiung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr beschlossen hat. Und dass der Regierungsrat damit beauftragt worden ist, dieses Konzept umzusetzen. Die Regierung habe zwar eine entsprechende Verordnung geschaffen, diese aber noch nicht vollzogen.

Die aktuelle Medienberichterstattung und die Kommunikation der Regierung zum Verkehrskonzept Innenstadt hätten in den letzten Wochen zu Unklarheit und Verunsicherung geführt. Erwähnt wird sodann, dass die Verordnung keine befriedigende Lösung für das Gewerbe darstellt und dass die Verwaltung Mühe bekunde, das Verkehrsregime innerhalb der vom Grossen Rat vorgegebenen Leitplanken umzusetzen. Aus diesem Grund seien dann auch politische Vorstösse lanciert worden, «die eine praxisnahe und pragmatische Umsetzung aufzeigen».

## «Verschiebung ist unnötig»

Nicht richtig sei es nun, die Einführung des Verkehrsregimes aufgrund dessen erneut zu verschieben. «Der Grosse Rat ist der Ansicht, dass aufgrund dieser Vorstösse kein umfassender Umsetzungsstopp und keine erneute Verschiebung nötig sind», heisst es im Resolutionstext. Der Regierungsrat solle die Massnahmen zur Umsetzung des neuen Verkehrskonzeptes Innenstadt unverzüglich an die Hand nehmen. Im Namen des Grünen Bündnisses forderte



**Das Gewerbe will zuliefern.** Der Grosse Rat entscheidet später über Vorstösse für Erleichterungen. Foto Kostas Maros

Mirjam Ballmer die sofortige Umsetzung des Verkehrsregimes. Sie wurde unterstützt von Martin Lüchinger (SP): Das Konzept sei rechtskräftig, es gelte also vorwärtszumachen.

Elias Schäfer (FDP), der beim Gewerbeverband tätig ist, trat ebenfalls für die Resolution ein; sie widerspreche den mit dem Gewerbeverband abgeprochenen Vorstössen nicht. Tanja Soland (SP) warf der Regierung vor, den Willen des Gesetzgebers zu missachten – dieser habe die verkehrsfreie Innenstadt beschlossen.

Heiner Vischer (LDP) lehnte die Resolution ab: Es gebe grossen Anpassungsbedarf, dazu gebe es neun Vorstösse. Remo Gallacchi (CVP) wandte sich ebenfalls gegen die Resolution: Der Grosse Rat habe bisher zum Thema nichts sagen können. Da aber in der Bevölkerung grosser Unmut bestehe, müs-

se darüber gesprochen werden. Alexander Gröflin (SVP) und Sebastian Frehner (SVP) pflichteten bei. Frehner sagte, die Verordnung sei auch im zweiten Anlauf zu wirtschaftsfeindlich.

Mit 58 gegen 32 Stimmen wurde die Resolution traktandiert – und am Nachmittag eine weitere Stunde darüber debattiert. Remo Gallacchi (CVP) betonte, die CVP wolle die Umsetzung nicht verzögern, sondern stehe zur verkehrsfreien Innenstadt. Heiner Vischer (LDP) erklärte, die Verwaltung habe eben nicht das gemacht, was man von ihr erhofft habe. Martin Lüchinger (SP) stellte bedauernd fest, dass man offenbar in den Medien Vorstösse ankündigen und damit den Regierungsrat dazu bringen kann, nichts zu tun.

Patrizia Bernasconi (GB) erklärte, die Regierungsräte Dürr und Wessels seien auf Tauchstation gegangen, man

dürfe die Verantwortung nicht abschieben. Alexander Gröflin (SVP) fragte sich, ob der Grosse Rat nicht ein zu rigides Gesetz erlassen habe, das die Verwaltung so gar nicht umsetzen könne.

## Schelte für Regierungsrat

Regierungsrat Baschi Dürr (FDP) versicherte eindringlich, die Regierung halte sich an die Vorgaben oder Leitplanken des Grossen Rats, doch den Schildbürgerstreich, jetzt 150 Schilder um die Kernzone der Innenstadt aufzustellen und womöglich kurz darauf gleich wieder ändern zu müssen, leiste man sich nicht. Was ihm Schelte von Michael Wüthrich (GB), Präsident der Umwelt- und Verkehrskommission, eintrug: Die Leitplanken seien vorhanden: «Herr Dürr, handeln Sie!»

Mit 52 zu 35 Stimmen stimmte der Grosse Rat der Resolution zu, bei sieben Enthaltungen. Das nötige Zweidrittelsmehr wurde aber klar nicht erreicht. Also bleibt alles beim Alten.



## Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus